

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

1. Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Gerold Tholen
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied der DP

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernenten

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kotte
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech
Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Werksleitung Entsorgungsbetriebe Olaf Schröder
Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Protokollführer

Protokollführer Lars Stecker

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 22

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 23

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 5.1 Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Stadtbaurates
- 5.2 Wahl des Stadtbaurates
- 5.3 Berufung von Elternvertretern in den Schulausschuss
- 5.4 Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gesellschaften
- 5.5 Antrag CDU-Fraktion auf Aufnahme von Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland zur Bildung eines Zweckverbandes der Berufsbildenden Schulen
- 5.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution für den Erhalt des Baumbestandes im Bereich der Einflugschneise des Fliegerhorstes Upjeve
- 6.1.1 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für das Haushaltsjahr 2008
- 6.1.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2008
- 6.1.3 Änderung der kommunalen Regelung über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Regelung fallen
- 6.1.4 Regionales Standortmanagement - Gründung der Jade Wirtschaftsförderungs GmbH
- 6.1.5 Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung
- 6.1.6 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Wilhelmshaven
- 6.1.7 Beschreibung wird geladen....
- 6.1.8 Neufassung der Sondernutzungsgebührensatzung
- 6.1.9 Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen
- 6.2.1 Änderungen der Entgelttarife zur Entgeltordnung für Leistungen der Kommunalen Vermessung der Stadt Wilhelmshaven
- 6.2.2 Bebauungsplan Nr. 180/3. Änderung- BELTER WEG -Erneuter Aufstellungsbeschluss
- 6.2.3 Parkraumbewirtschaftung 2009
- 6.3.1 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2008 - European Energy Award
- 6.3.2 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Wilhelmshaven außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben
- 6.4.1 Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei
- 6.4.2 Änderung der "Entgeltordnung der Stadtbücherei Wilhelmshaven"
- 6.4.3 Änderung der "Entgeltordnung für die Kunsthalle der Stadt Wilhelmshaven"
- 6.4.4 Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater"
- 6.5.1 Änderung der "Entgeltordnung für die Überlassung städt. Sporteinrichtungen"
- 6.6.1 Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Realschule Agnes-Miegel-Schule
- 6.6.2 Resolution auf Antrag von Herrn Bernd Rahlf (Vorsitzender des Stadtelternrates und Mitglied im Schulausschuss) / Solidaritätsbeschluss des Schulausschusses: Verbleib der Außenstelle Wilhelmshaven der Landesschulbehörde Osnabrück
- 6.6.3 Änderung der "Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen für schulfremde Zwecke"
- 6.7.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven
- 6.7.2 Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren aus der Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006
- 6.7.3 Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Abwasserbeseitigungspflichten im Rahmen der dezentralen Abwasserbeseitigung der Stadt Wilhelmshaven vom 16.12.1998 in der Fassung vom 21.12.2001
- 6.7.4 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006
- 6.8.1 Eröffnungsbilanz SDW 2007
- 6.9.1 Anpassung der Friedhofsgebührensatzung
- 6.9.2 Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 28.11.2007
- 6.9.3 Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß u. räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven i. d. Fassung vom 28.11.2007
- 7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zur Einrichtung eines Mahnmales Novemberrevolution
- 7.2 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen für Zuschüsse von Kommunen für Kindergärten und Horte in Wilhelmshaven
- 7.3 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema Befall Wilhelmshavener Kastanien durch die

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt informierte, dass der **Tagesordnungspunkt 6.5.2** in den **Tagesordnungspunkt 6.6.3** geändert worden sei und dass der **Tagesordnungspunkt 5.4** „Antrag der SPD-Fraktion: Umbesetzung von Ausschüssen“ zwischenzeitlich zurückgezogen worden sei.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.09.2008

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.09. wird genehmigt

4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Beratungsgegenstände für die „Aktuelle Stunde“ vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

5.1 Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Stadtbaurates (Vorl.-Nr. 264/2008)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Gemäß § 81 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung kann der Rat im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister von der Ausschreibung der Stelle eines Beamten auf Zeit absehen, wenn er beabsichtigt, den bisherigen Stelleninhaber zu wählen.

Erteilt der Oberbürgermeister sein Einvernehmen nicht, so muss er dies vor der Abstimmung mitteilen. Gegenüber dem Unterzeichner hat der Oberbürgermeister bereits vorab mitgeteilt, dass er sein Einvernehmen nicht erteilen werde.

Kommt es über die Frage der Ausschreibung zu keinem Einvernehmen, so entscheidet der Rat gemäß § 81 Abs. 3 Satz 6 NGO über den Verzicht auf die Ausschreibung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der gewählten Mitglieder (34) allein.

5.2 Wahl des Stadtbaurates (Vorl.-Nr. 265/2008)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Am 31.03.2009 endet die Amtszeit von Herrn Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek. Der Rat hat beschlossen, auf eine öffentliche Ausschreibung zu verzichten.

Der bisherige Amtsinhaber ist wiedergewählt, wenn die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder (23) für ihn stimmt. Ein zweiter Wahlgang ist dabei gemäß § 81 Abs. 3 Satz 1 NGO nicht vorgesehen.

Die Wahl erfolgt in öffentlicher Sitzung. Die Wahlzeit beträgt 8 Jahre. (Eintritt in den Ruhestand bei Erreichen der Altersgrenze nach § 51 Abs. 1 NBG, welche mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht ist.)

Herr Kottek nahm die Wahl an und ging in einer kurzen Ansprache auf die zukünftig bedeutenden Projekte in seinem Zuständigkeitsbereich ein.

5.3 Berufung von Elternvertretern in den Schulausschuss (Vorl.-Nr. 268/2008)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2008 vor

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Vorschlag des Stadtelterrates werden als **ElternvertreterInnen** in den Schulausschuss berufen:

Allgemeinbildende Schulen:

Mitglied: Herr Frank Hansmann, Vasco-da-Gama-Weg 8a, 26389 Wilhelmshaven

Vertreter: Frau Grit Wegmann, Paul-Klee-Str. 12a, 26389 Wilhelmshaven

Berufsbildende Schulen:

Mitglied: Frau Dr. Eva Maria Haarmann, Marktstr. 57, 26382 Wilhelmshaven

Vertreter: Herr Frank Benter, Ölhafendamm 36b, 26384 Wilhelmshaven

5.4 Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gesellschaften

Der Antrag wurde zurückgezogen.

5.5 Antrag CDU-Fraktion auf Aufnahme von Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland zur Bildung eines Zweckverbandes der Berufsbildenden Schulen

Herr Möhle informierte, dass der Antrag der CDU-Fraktion in die Januar-Sitzung verschoben werden solle.

5.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution für den Erhalt des Baumbestandes im Bereich der Einflugschneise des Fliegerhorstes Upjever

Herr Biehl trug die Resolution vor:

„Die Stadt Wilhelmshaven spricht sich gegen die durch die Wehrbereichsverwaltung Nord angestrebte großflächige Abholzung des Upjeverschen Forstes im Bereich der ostwärtigen Einflugschneise des Flugplatzes aus. Diese Aktion gefährdet ein attraktives Naherholungsgebiet, das zudem nachweislich eine große ökologische und geschichtliche Bedeutung hat. Die geplante einschneidende Maßnahme stößt auf Unverständnis, zumal mit dem Abzug der fliegenden Verbände der Flugbetrieb erheblich eingeschränkt worden ist. Die Stadt Wilhelmshaven bittet die zuständigen Stellen, ihre Entscheidung im Sinne aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Region, sowie der Natur nochmals zu überdenken und rückgängig zu machen.“

Herr Biehl informierte ferner, dass die Städte Schortens und Jever, die Gemeinde Sande und der Landkreis Friesland diese Resolution einstimmig verabschiedet hätten.

Herr Weerda erklärte, dass die CDU-Fraktion dieser Resolution nicht zustimmen werde, da diese zu spät käme.

Herr Hartmann bedauerte die Einstellung der CDU-Fraktion und erklärte, dass die

SPD-Fraktion der Resolution zustimmen werde.

Herr Biehl ergänzte seine Informationen hinsichtlich des Zeitablaufes der Rodungsaktion und erklärte, dass voraussichtlich erst in einem Jahr mit der Aktion begonnen werde.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass auch die FDP-Fraktion der Resolution zustimmen werde, denn so lange noch kein Baum gefällt sei, mache es Sinn, die Sache zu unterstützen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

6.1.1 1.Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für das Haushaltsjahr 2008 (Vorl.-Nr. 269/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008.

6.1.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2008 (Vorl.-Nr. 243/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt den vorgelegten Nachbewilligungen zum Haushalt 2008 zu.

6.1.3 Änderung der kommunalen Regelung über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Regelung fallen (Vorl.-Nr. 267/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die als Anlage 1 beigefügte Änderung der „Kommunalen Regelung über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen, durch die Stadt Wilhelmshaven“.

Die Änderungen treten zum 01.01.2009 in Kraft.

6.1.4 Regionales Standortmanagement - Gründung der Jade Wirtschaftsförderungs GmbH (Vorl.-Nr. 248/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

In ausführlichen Stellungnahmen begrüßten die Herren Prof. Reuter, Neumann, Tjaden und Biehl einhellig diesen Schritt als Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit mit den Nachbarlandkreisen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Region.

Herr Dr. von Teichman, Frau Bauermeister und Herr Radmer merkten hingegen kritisch an, dass die Beschlussvorlage zur Gründung der Jade Wirtschaftsförderung GmbH schlecht vorbereitet sei und die finanziellen Folgen nicht absehbar seien.

Oberbürgermeister Menzel bezeichnete die Beschlussvorlage als Ergebnis eines langwierigen Prozesses, der sich zuletzt aus der Notwendigkeit einer eingehenden Prüfung innerhalb der Verwaltung ergeben habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages gemäß Anlage 1 und der weiter entwickelten Organisationsstruktur entsprechend Anlage 2 und damit der Gründung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (Arbeitstitel) zu.
2. Gründungsgesellschafter sind die Stadt Wilhelmshaven sowie die Landkreise Friesland, Wittmund und Wesermarsch.
3. Das Stammkapital beträgt 26.000 Euro und wird zu jeweils 25% an die vier Gesellschafter vergeben.
4. Zum Interims-Geschäftsführer der GmbH i. Gr. wird Herr Dr. Fritz Kleinsteuber bestellt. Die Aufgabe von Herrn Dr. Kleinsteuber wird sein, die Gründung der GmbH gemeinsam mit der Arbeitsgruppe der vier Wirtschaftsförderer vorzubereiten und den künftigen Geschäftsführer durch eine nationale Ausschreibung zu suchen.
5. Die operative Arbeit in der Gesellschaft wird für die Stadt Wilhelmshaven bis auf Weiteres durch Herrn Jürgen Janßen wahrgenommen.

6. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem in der Begründung zu diesem Beschlussvorschlag genannten Budget der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH grundsätzlich zu.
7. Der Ausgabe in Höhe von 6.500 € in 2008 für den zu übernehmenden Gesellschaftsanteil und dem von der Stadt Wilhelmshaven zu tragenden Anteil an den laufenden Kosten im Rumpfgeschäftsjahr 2008 wird zugestimmt.
8. Die im Wirtschaftsplan der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH für das Regionale Standortmanagement veranschlagten Mittel in Höhe von 100.000 € sind zur Deckung der durch die Gesellschaftsgründung entstehenden Kosten zu verwenden. Die Mittel wurden im städtischen Haushalt im Teilhaushalt WFG, Position 19 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“, veranschlagt.
9. Der Rat wird über die anstehenden Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung unterrichtet, damit er von seinem Weisungsrecht gegenüber den von ihm entsandten Mitgliedern Gebrauch machen kann. Dies betrifft Beschlussfassungen zu § 8 (4) Nr. 1, 3 und 6 des Gesellschaftsvertrages.
10. Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Mitglieder sind dem Rat gegenüber nach dessen Vorgabe berichtspflichtig.

6.1.5 Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung (Vorl.-Nr. 224/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Mit einer ausführlichen Stellungnahme begründete Herr Prof. Reuter, dass die CDU-Fraktion diesen maßvollen Gebührenerhöhungen/Gebührensenkungen bis auf eine Ausnahme (Vorlage 227/2009 „Parkraumbewirtschaftung“) zustimmen werde.

Herr Tjaden signalisierte, dass er gegen die Gebührenerhöhungen stimmen werde und begründete dieses ausführlich unter anderem mit der Vorlage eines Gesamtkonzeptes.

Herr Biehl erklärte, dass das geplante Gesamtkonzept zur Umstrukturierung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven im Frühjahr abzuwarten bleibe. Erst dann sei über eventuelle Gebührenerhöhungen nachzudenken. Er merkte an, dass seine Fraktion bei der Parkraumbewirtschaftung und bei der Stadtbibliothek dagegen stimmen werde.

Außer bei der Parkraumbewirtschaftung und der Erhöhung der Abwassergebühren

sagte Herr Neumann die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Gebührenerhöhungen zu.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass die FDP-Fraktion der Gebührenerhöhung bis auf die Parkraumbewirtschaftung zustimmen werde und erklärte, dass die Verwaltung an einer Erhöhung der Gebühren nicht vorbeikomme.

Herr Hoff verwies im Zusammenhang mit den sich abzeichnenden Entscheidungen auf die Abgrenzung nach der Abgabenordnung hin. Danach seien allgemeine Leistungen aus Steuern, besondere Leistungen aus Gebühren oder privatrechtlichen Entgelten zu finanzieren. Für letztere sei das Kostendeckungsprinzip nach dem NKAG zu beachten. Das bedeute positiv definiert, dass alle Kosten vollständig gedeckt werden müssen incl. der Eigenkapitalkosten. Negativ formuliert hieße das, dass kein Sponsoring aus den steuerfinanzierten Haushaltsmitteln zulässig sei.

Hierfür gäbe es zwar Ausnahmegründe, zum einen soziale Gründe, die aber über spezielle soziale Leistungsgesetze abgedeckt seien. Die weiteren kulturellen Gründe gäbe es mindestens nicht in der in Wilhelmshaven üblichen Größenordnung (s. a. MI-Besuch vom 21.11.2008). Mindestens teilweise müssten Kostensteigerungen aufgefangen werden. Dabei gehe es auch nicht um sofortige Kostendeckung, wie es fälschlicherweise immer wieder behauptet werde.

Die unzulässige Quersubventionierung verlange auch, dass dem steuerfinanzierten Haushaltsteil die dort entstandenen Verwaltungs- und Eigenkapitalkosten zu erstatten seien. Wenn also auf kostendeckende Entgelte verzichtet werden solle, hieße das, dass dazu auch über den Leistungsabbau (Personal-/Materialkostensenkungen) zu entscheiden sei, damit dem Kostendeckungsprinzip Rechnung getragen werde. Sonst folge daraus unmittelbar die Steilvorlage für Steuererhöhungen oder das Verbot von Kreditaufnahmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die vorgelegte Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung inklusive Gebührentarif.

6.1.6 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 228/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Wilhelmshaven in der anliegenden Fassung.

6.1.7 Neufassung der Sondernutzungssatzung (Vorl.-Nr. 259/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten (Sondernutzungssatzung)

6.1.8 Neufassung der Sondernutzungsgebührensatzung (Vorl.-Nr. 260/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Sondernutzungsgebührensatzung)

6.1.9 Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen (Vorl.-Nr. 221/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 24.11.2008 vor.

Herr Dr. von Teichman plädierte dafür, dass die Gesetzgebung vereinfacht werde, damit nicht bei jeder Benzinpreiserhöhung die Taxiordnung neu geschaffen werden müsse.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Betrieb von Taxen sowie über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Wilhelmshaven (Taxenordnung)

6.2. Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

6.2.1 Änderungen der Entgelttarife zur Entgeltordnung für Leistungen der Kommunalen Vermessung der Stadt Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 222/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.10.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Entgelttarife zur Entgeltordnung für Leistungen der Kommunalen Vermessung der Stadt Wilhelmshaven in der anliegenden Fassung.

6.2.2 Bebauungsplan Nr. 180/3. Änderung - BELTER WEG - Erneuter Aufstellungsbeschluss (Vorl.-Nr. 223/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.10.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die erneute Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 180/3. Änderung** - BELTER WEG - gem. Vorlage. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

6.2.3 Parkraumbewirtschaftung 2009 (Vorl.-Nr. 227/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.10.2008 vor.

Herr Schmidt übergab den Vorsitz an Herrn Rech.

Herr Schmidt erklärte, das Parkraumbewirtschaftung die zielgerichtete Steuerung des Verhältnisses von Parkplatz suchenden Fahrzeugen zu Parkplätzen im öffentlichen Raum sei. Diese sei natürlich mit Kosten für die Bürger verbunden. Parkraumbewirtschaftung habe allerdings eine steuernde Wirkung. Von der Verwaltung werde aber zunächst erwartet, dass ein neues Konzept zur Parkraumbewirtschaftung in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel und anderen Betroffenen in den entsprechenden Ausschüssen behandelt werden solle.

Die SPD-Fraktion werde daher dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Tjaden informierte, dass diese Problematik in dem entsprechenden Ausschuss besprochen worden sei. Er stimmte Herrn Schmidt zu, dass ein Gesamtkonzept erarbeitet werden müsse.

Herr Biehl plädierte ebenfalls für ein zu entwickelndes Gesamtkonzept.

Oberbürgermeister Menzel erklärte abschließend, dass eine Nachsteuerung in der Parkraumbewirtschaftung notwendig sei. Es handele sich bei der Beschlussvorlage allerdings um neu einzurichtende Bereiche, in denen die Parkraumbewirtschaftung steuernde Eigenschaften haben solle und deshalb erforderlich sei.

Herr Dr. von Teichman bestätigte, dass Parkraumbewirtschaftung eine steuernde Wirkung haben solle. Die in der Beschlussvorlage geforderten Neueinrichtungen hätten jedoch keine steuernde Wirkung, sondern dienten der Schaffung von Mehreinnahmen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Folgende Parkflächen sollen bewirtschaftet werden:

1. Weserstraße zwischen Virchowstraße und Allerstraße
2. Weserstraße zwischen Virchowstraße und Jadeallee
3. Mellumstraße zwischen Mitscherlichstraße und Metzger Weg
4. Metzger Weg zwischen Mitscherlichstraße und Peterstraße
5. Rüstringer Berg Diese Fläche gehört dem Deichband.
6. Südstrandstraße vor den Hotels Diese Flächen gehören dem Eigenbetrieb GGS.
7. (Gökerstraße / Ebertstraße) Diese Fläche gehört dem Eigenbetrieb GGS

Der westliche Teil des Parkplatzes Fliegerdeich wird von den Wohnmobiliten benutzt. Die Gebühren sollen angehoben werden. Vorlage erfolgt im Frühjahr 2009.

6.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsherr Tjaden)

6.3.1 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2008 - European Energy Award (Vorl.-Nr. 201/2008)

Herr Tjaden trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 05.11.2008 vor.

Herr Hartmann lobte das Arbeitsprogramm und erklärte, dass es sich bei dem Arbeitsprogramm um einen Grundsatzbeschluss handele.

Herr Westerman begrüßte die Verabschiedung dieser Beschlussvorlage und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass es sich bei dem Programm um eine europaweite Maßnahme handele und dass dies der richtige Weg sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat beschließt das Energiepolitische Arbeitsprogramm gemäß Anlage als Grundlage für die weitere Arbeit am European Energy Award.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, soweit erforderlich, für die Umsetzung einzelner Maßnahmen die notwendigen Beschlüsse vorzubereiten

6.3.2 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Wilhelmshaven außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Vorl.-Nr. 244/2008)

Herr Tjaden trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 05.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben in der Fassung vom 26.11.2008.

6.4 Kulturausschuss (Beigeordneter Biehl)

6.4.1 Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei (Vorl.-Nr. 208/2008)

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 03.11.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

6.4.2 Änderung der "Entgeltordnung der Stadtbücherei Wilhelmshaven"
(Vorl.-Nr. 212/2008)

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 03.11.2008 vor und regte an, die Kosten für die Lesekarten zu reduzieren. Ferner sprach er in diesem Zusammenhang eine kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel an.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass die Schüler mit ihrer Schülerfahrkarte kostenlos zur Stadtbücherei fahren könnten. Nichtschulpflichtige Kinder könnten einmal pro Woche umsonst zur Bücherei fahren. Außerdem seien in den letzten Jahren Schulbüchereien in den einzelnen Schulen eingerichtet worden. Um die Frequentierung der Bücherei zu erhöhen müsse ein verbessertes Angebot geschaffen werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung für die Stadtbücherei Wilhelmshaven wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

6.4.3 Änderung der "Entgeltordnung für die Kunsthalle der Stadt Wilhelmshaven"
(Vorl.-Nr. 213/2008)

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 03.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung der Kunsthalle wird zugestimmt.

6.4.4 Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater" (Vorl.-Nr. 214/2008)

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 03.11.2008

vor.

Herr Dr. von Teichman merkte an, das es sich bei der Beschlussvorlage nur um eine Absichtserklärung handle und die vertraglichen Modalitäten erst noch umgesetzt werden müssten, die FDP-Fraktion werde gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Herr Adam verwies auf die Diskosion im Verwaltungsausschuss und merkte an, dass sowohl alle beteiligten Ausschüsse, das Stadttheater sowie die Verwaltung mit dem Beschlussvorschlag leben könnten und forderte auf, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung des Stadttheaters ab der Spielzeit 2009/2010 wird zugestimmt.

6.5 Sportausschuss (Ratsherr Barkowsky)

6.5.1 Änderung der "Entgeltordnung für die Überlassung städt. Sporteinrichtungen" (Vorl.-Nr. 209/2008)

Herr Barkowsky trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 06.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Änderung der „Entgeltordnung für die Überlassung städt. Sporteinrichtungen“ wird in der vorgelegten Fassung (Tarife siehe Anlage) zugestimmt.

6.6 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)

6.6.1 Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Realschule Agnes-Miegel-Schule (Vorl.-Nr. 229/2008)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 06.11.2008 vor und fragte nach den zu erwarteten Kosten.

Herr Dr. Graul erklärte, dass nach einer ersten Betrachtung mit Kosten in Höhe von 490.000,- € zu rechnen sei. (Kassenwirksam im HH-Jahr 2010)

Frau Will signalisierte die Zustimmung seitens der SPD-Fraktion. Dennoch gäbe es die Problematik, dass das Land für die Bereitstellung der Lehrer zuständig sei und die Kommune für die Infrastruktur zu sorgen habe. Eine Versorgung durch Lehrkräfte, insbesondere der Nachmittagstunden, müsse gewährleistet sein.

Herr Möhle erklärte, dass er überzeugt davon sei, dass nach und nach eine Versorgung mit Lehrkräften gewährleistet werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Einrichtung einer offenen Ganztagschule (GTS) an der Realschule Agnes-Miegel-Schule wird zugestimmt.

6.6.2 Resolution auf Antrag von Herrn Bernd Rahlf (Vorsitzender des Stadtelterrates und Mitglied im Schulausschuss) / Solidaritätsbeschluss des Schulausschusses: Verbleib der Außenstelle Wilhelmshaven der Landesschulbehörde Osnabrück

Herr Möhle trug den Resolution vor.

Frau Will signalisierte die Zustimmung ihrer Fraktion und begründete dies anschließend.

Herr Möhle lobte die gute Zusammenarbeit mit der Außenstelle der Landesschulbehörde Osnabrück in Wilhelmshaven und sprach sich für den Erhalt aus.

Oberbürgermeister Menzel ergänzte, dass eine evtl. Schließung der Außenstelle ein erheblicher Rückschritt wäre und ergänzte, dass das Land das Gebäude wieder in Stand setzen solle und die Personalstruktur wieder hergestellt werden müsse.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

6.6.3 Änderung der "Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen für schulfremde Zwecke" (Vorl.-Nr. 237/2008)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 06.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Änderung der „Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen für schulfremde Zwecke“ wird in der vorgelegten Fassung (Tarife siehe Anlage) zugestimmt.

6.7 Werksausschuss Entsorgungsbetriebe (Ratsherr Gabriels)

6.7.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 216/2008)

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 07.11.08 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 22.11.2006".

6.7.2 Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren aus der Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006 (Vorl.-Nr. 218/2008)

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 07.11.08 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven vom 20.05.1987 in der Fassung vom 22.11.2006“.

6.7.3 Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Abwasserbeseitigungspflichten im Rahmen der dezentralen Abwasserbeseitigung der Stadt Wilhelmshaven vom 16.12.1998 in der Fassung vom 21.12.2001 (Vorl.-Nr. 217/2008)

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 07.11.08 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Abwasserbeseitigungspflichten im Rahmen der dezentralen Abwasserbeseitigung der Stadt Wilhelmshaven vom 16.12.1998 in der Fassung vom 21.12.2001“.

6.7.4 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006 (Vorl.-Nr. 219/2008)

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 07.11.08 vor. Er kündigte an, dass die SPD-Fraktion die Vorlage ablehnen werde.

Zur Begründung führte er aus, der Gebührenkalkulation sei zu entnehmen, dass in den Vorjahren eine Unterdeckung i.H.v. 870.645,- € für die Jahre 2007 / 2008 als „Forderung gegenüber den Bürgern“ vorgetragen werde. Diese Unterdeckung ergebe sich aus der Kostenrechnung, in der alle Aufwendungen als Basis für die Gebührenberechnung dienen. Handelsrechtlich habe der Betrieb jedoch Gewinne erwirtschaftet, die in den Vorjahren zur Entschuldung des Betriebes sowie Stärkung der Rücklagen beigetragen hätten. Diese Rücklagen seien größtenteils im Anlagevermögen gebunden. Herr Gabriels wies darauf hin, dass die handelsrechtliche Eigenkapitalquote der WEB lt. Jahresabschluss 56 % (lt. FIDES-Gutachten seien dies rd. 80,2 Mio. €) betrage.

Entsprechend der Erfahrungen der Vorjahre lasse auch das Wirtschaftsjahr 2008 einen Gewinn erwarten, so dass sich die Eigenkapitalquote nicht verschlechtern, sondern lediglich nicht erhöhen werde.

Vor diesem Hintergrund ergäben sich aus Sicht der SPD-Fraktion keine Nachteile für die wirtschaftliche Situation des Eigenbetriebes, wenn die o.g. vorgetragene Unterdeckung vom Betrieb einmalig „übernommen“ und auf die Gebührenerhöhung verzichtet werde.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006“.

6.8 Werksausschuss Städtische Datenverarbeitung (Ratsherr Sager)

6.8.1 Eröffnungsbilanz SDW 2007 (Vorl.-Nr. 233/2008)

Herr Sager trug den Beschlussvorschlag des Werksausschuss Städtische Datenverarbeitung vom 04.11.200 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt über die Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven (SDW)“ in der anliegenden Fassung.

6.9 Werksausschuss Straße und Grün (Ratsherr Radmer)

6.9.1 Anpassung der Friedhofsgebührensatzung (Vorl.-Nr. 238/2008)

Herr Radmer trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 06.11.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Anpassung der Friedhofsgebührensatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung (Anlage 5 u. 6).

6.9.2 Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 28.11.2007 (Vorl.-Nr. 241/2008)

Herr Radmer trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 06.11.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 28.11.2007“.

6.9.3 Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß u. räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven i.d. Fassung vom 28.11.2007 (Vorl.-Nr. 242/2008)

Herr Radmer trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 06.11.2008 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 28.11.2007.“

7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zur Einrichtung eines Mahnmales Novemberrevolution

Herr Janssen trug eine Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

Das Marinemuseum, die Christus- und Garnisonskirche, die WZ und Die Linke haben in den letzten Wochen ziemlich ausführlich an die Ereignisse (Novemberrevolution) von vor 90 Jahren erinnert.

Frage: Gibt es bei der Verwaltung Vorstellungen, wie an die damaligen Ereignisse dauerhaft im Stadtbild erinnert werden könnte?

Herr Dr. Gaul antwortete darauf:

Herr Dr. Gaul erläuterte, dass bereits am 2. Mai 1920 auf dem Ehrenfriedhof, östlich der Kapelle, von der „Arbeiterschaft von Wilhelmshaven und Rüstringen“ ein Sarkophag zum Gedenken an die Opfer der Revolution 1918/19 aufgestellt worden sei. Dieses Denkmal gelte den Toten des sogenannten „Spartakus-Aufstandes“ im Januar 1919 und symbolisiere insofern auch die Zerrissenheit innerhalb der revolutionären Bewegung.

1934 wurde dieses Denkmal durch die Nationalsozialisten zerstört. Anlässlich der 70. Wiederkehr der Revolution 1918/19, am Tage der Aufstellung des ursprünglichen Sarkophags hat die Stadt Wilhelmshaven an gleicher Stelle eine „Gedenkstätte zur Erinnerung an die Revolution 1918/19 und aller ihrer Opfer sowie zur Erinnerung an die erstmalige Einrichtung der Gedenkstätte und deren Zerstörung 1934“ (Kulturausschuss) errichtet.

Damit ist festzustellen, dass eine Gedenkstätte für die November-Revolution 1918/19 in Wilhelmshaven bereits besteht. Es wird vorgeschlagen, die Thematik dennoch im Fachausschuss noch einmal vertiefend zu behandeln und dabei insbesondere die Inhaber der Deutungshoheit über diesen Abschnitt der Geschichte einzubeziehen.

7.2 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen für Zuschüsse von Kommunen für Kindergärten und Horte in Wilhelmshaven

Herr Janssen trug seine Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor.

Die Einkommensgrenze für Zuschüsse für Kindergärten und Horte ist in der BRD unterschiedlich hoch. Nach meiner Kenntnis liegt diese Grenze in WHV deutlich unter der anderer Städte (z.B. Emden 2350€/Monat)

Frage:

- a) Wie hoch ist die Einkommensgrenze in WHV?
- b) Sind die gewährten Zuschüsse für alle gleich, wenn nicht, wie sind sie gestaffelt?
- c) Welche Begründung gibt es seitens der Verwaltung für die fest gelegte Einkommensgrenze?

Her Stoffers antwortete darauf:

§§ 90 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) sieht vor, dass Kostenbeiträge für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege auf Antrag ganz oder teilweise vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden sollen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Für die Feststellung der Zumutbarkeit ist ein verbindliches gesetzliches Regelwerk anzuwenden. Danach sind folgende Berechnungen vorzunehmen.

Frage a) Wie hoch ist die EK-Grenze in Wilhelmshaven?

Die Einkommensgrenze für die Feststellung der zumutbaren Belastung ist nicht fest, sondern errechnet sich nach § 85 SGB XII / § 20 II Nds. KitaG.

Die Einkommensgrenze setzt sich zusammen aus

- einem Grundbetrag von z.Zt. 583 € für den Beitragspflichtigen
- Familienzuschlägen von z.Zt. 246 € für jede haushaltsangehörige Person
- Kosten der Unterkunft (ohne Heizung) abzgl. Wohngeld

und ist somit einzelfallbezogen immer unterschiedlich.

Der ermittelten Einkommensgrenze wird das bereinigte Nettoeinkommen der Antragstellerin/ des Antragsstellers gegenübergestellt.

Dabei ergibt sich eine Über- oder Unterschreitung der errechneten Einkommensgrenze. Das übersteigende Einkommen ist regelmäßig zur Deckung des Elternbeitrages ganz oder teilweise einzusetzen.

Liegt das bereinigte Nettoeinkommen unterhalb der EK-Grenze, übernimmt das Jugendamt den Elternbeitrag, der im jeweiligen Kindergarten für einen Halbtagesplatz grundsätzlich zu entrichten ist.

Frage b) Sind die gewährten Zuschüsse für alle gleich, wenn nicht, wie sind sie gestaffelt?

Die Zuschüsse sind – und das folgt aus der Antwort zu a) - je nach übersteigendem Einkommen sowie Höhe des Elternbeitrages des jeweiligen Kindergartens unterschiedlich.

Frage c) Welche Begründung gibt es seitens der Verwaltung für die festgelegte EK-Grenze?

Die Einkommensgrenze wird wie unter a) ausgeführt nach bundesrechtlichen Vorschriften ermittelt.

7.3 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema Befall Wilhelmshavener Kastanien durch die Miniermotte und Maßnahmen zur Bekämpfung

Herr Janssen trug seine Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor.

Der Befall Wilhelmshavener Kastanien durch die Miniermotte ist seit Jahren bekannt. Seitens der Stadt ist in den letzten Jahren zum Schutz der Kastanien aber nichts passiert; erst die WZ hat sich in diesem Jahr des Themas angenommen.

Frage:

- a) Ist es zu allererst Aufgabe der Stadt, die Miniermotte zu bekämpfen? Falls ja, was hat die Stadt von 2005 – 2008 zur Bekämpfung dieses Insektes getan?
- b) Wie sieht die Strategie für die nächsten Jahre aus?
- c) Welche Rollenverteilung bei diesem Problem zwischen WEB, gelbe Engeln und Bürgern könnte nach Ansicht der Verwaltung hilfreich sein?

Herr Kottek antwortete darauf:

- 1.) Der Befall der Kastanien durch die Miniermotte ist SGW – Abt. Grün – seit Jahren bekannt. Dieser Schädling ist ein relativ „junger“ Schädling – eingewandert aus Süd-Ost-Europa.
- 2.) Nicht die WZ war Initiator der „Miniermottenaktion“. Der Nabu (Ortsgruppe WHV), SGW – Abt. Grün – und die WZ haben gemeinsam die Aktion gestartet.
- 3.)

Frage a) Ist es zu allererst Aufgabe der Stadt die Miniermotte zu bekämpfen? SGW ist für die Pflege und Unterhaltung der städtischen Bäume zuständig. Damit ist SGW auch bei einem evtl. Schädlingsbefall zuständig.

Frage: Falls ja, was hat die Stadt von 2005 – 2008 zur Bekämpfung dieses Insekts getan?

Seit Bekanntwerden wurden Informationen, teils auf Baumpflegeseminaren, Anfragen bei Pflanzenschutzämtern und aus der Fachpresse, sondiert, um eine geeignete Methode zur Bekämpfung der Motte zu entwickeln. Bundesweit wurde bislang keine Methode entwickelt, die nachhaltig zum Erfolg führt. Die Miniermotte war einer der Gründe, die kostenlose Laubannahme durch SGW an mehreren Wochenenden anzubieten. Parallel wurde der Einsatz von Pheromonfallen geprobt. Ein Ergebnis steht noch nicht fest.

Frage b) Wie sieht die Strategie für die nächsten Jahre aus?

Die Strategie für die nächsten Jahre ist die Sensibilisierung der Bürger bezüglich der Sammlung und Entsorgung des Herbstlaubes - in Verbindung mit dem Nabu und der WZ. Da die chemische Bekämpfung in der Regel nicht in Frage kommt, biologische Verfahren derzeit auch nicht in großem Maße zur Verfügung stehen, bleibt als einzige wirksame Methode die möglichst vollständige Entfernung und

Vernichtung des Falllaubes. Auf diese Weise kann die Population gesenkt werden. Versuche werden zurzeit mit Lockstoff-Fallen durchgeführt. Impfungen der Bäume sind wissenschaftlich angestrebt. Inzwischen hat die Miniermotte bereits Platanen befallen

Frage c) Welche Rollenverteilung bei diesem Problem zwischen WEB (hier ist von Herrn Janssen wohl SGW gemeint), gelben Engeln und Bürgern könnte nach Ansicht der Verwaltung hilfreich sein?

Mit der GAQ (gelbe Engel) gibt es bereits eine Zusammenarbeit auf öffentlichen Flächen. Wichtig ist auch die Laubsammlung des Bürgers im privaten und öffentlichen Bereichen (Anliegerpflicht gem. Straßenreinigungssatzung). Die Laubannahmetage zeigen, dass ein Teil der Bürger das Problem erkannt hat. Durch neue gemeinsame Informationsaktionen mit der WZ und dem Nabu im nächsten Jahr könnte der Sammelerfolg verstärkt werden.

- 8 Bekanntgabe von Nachbewilligungen nach § 89 NGO durch den Oberbürgermeister

Als Anlage zum Protokoll.

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*
